

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Sevim Dağdelen, Ulla Jelpke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/9231 –

Antisemitisch motivierte Schändung von jüdischen Friedhöfen im Jahr 2007

Vorbemerkung der Fragesteller

In einer Antwort auf eine Schriftliche Frage der Abgeordneten Petra Pau nach der antisemitisch motivierten Schändung jüdischer Friedhöfe im Jahr 2007 teilte die Bundesregierung mit, dass insgesamt 30 Friedhöfe geschändet worden seien (vgl. Schriftliche Frage von Petra Pau für den Monat April 2008, Bundestagsdrucksache 16/8962, Frage 8).

Eine erbetene Auflistung der Straftaten nach Ländern konnte die Bundesregierung in der eingeräumten Zeit nicht leisten. Die Bundesregierung verwies auf eine Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Schändung von jüdischen Friedhöfen, in der die Bundesregierung zu diesem Problem ausführte: „Bei den der Bundesregierung vorliegenden Zahlen handelt es sich um Erhebungen der Länder. Eine Abstimmung vor Veröffentlichung der Zahlen der Länder ist aber im Rahmen der zur Beantwortung Schriftlicher Fragen aber auch Kleiner Anfragen eingeräumten Zeit nicht zu leisten. Unabhängig davon, erfordert die Erhebung der Anzahl der im Zusammenhang mit ‚antisemitisch motivierten Schändungen jüdischer Friedhöfe‘ ermittelten Straftäter eine personal- und zeitaufwendige Handauswertung, die ebenfalls im Rahmen der zur Beantwortung schriftlicher Fragen aber auch Kleiner Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu bewerkstelligen ist. Es wird angeregt, sich wegen der Zahlen der einzelnen Länder unmittelbar an diese zu wenden.“ (Bundestagsdrucksache 16/7688).

1. Welche tatsächlichen Kenntnisse hat die Bundesregierung über die antisemitisch motivierte Schändung jüdischer Friedhöfe für das Jahr 2007 in den Bundesländern (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. April 2008 (Bundestagsdrucksache 16/8962) zur Schriftlichen Frage 4/85 der Abgeordneten Petra Pau vom 14. April 2008 wird verwiesen.

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 4. Juni 2008 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2. Wie viele Straftäter dieser antisemitisch motivierten Friedhofsschändungen konnten im Jahr 2007 bundesweit ermittelt werden, und wie viele Täter konnten verurteilt werden (bitte nach Ländern auflisten)?

Im Zusammenhang mit den für das Jahr 2007 festgestellten antisemitisch motivierten Straftaten, bei denen jüdische Friedhöfe als Angriffsziel benannt worden sind, wurden bundesweit zehn Tatverdächtige ermittelt.

Eine etwaige antisemitische Motivation der Straftat wird in der Strafverfolgungsstatistik nicht gesondert erfasst, so dass über die Anzahl der rechtskräftigen Verurteilungen mit einem solchen Motivationshintergrund keine Erkenntnisse vorliegen.

3. Inwiefern sieht sich die Bundesregierung veranlasst, vor dem Hintergrund, dass seit 1945 über 1000 Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland verübt worden sind (vgl. Adolf Diamant, Geschändete Friedhöfe in Deutschland), diese Straftaten als antisemitisch motivierte Straftaten zügig – in Zusammenarbeit mit den Ländern – in den „Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität“ aufzunehmen?

Auf die Antwort der Bundesregierung (Bundtagsdrucksache 16/7688) vom 28. Dezember 2007 zu den Fragen 1 und 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Bundtagsdrucksache 16/7593) vom 13. Dezember 2007 wird verwiesen.

4. Nimmt die Bundesregierung diese Anschläge als einen Bedrohungsfaktor zur Kenntnis, und wie versucht sie sich einen aktuellen und genauen Überblick über antisemitisch motivierte Schändungen zu verschaffen?

Die Bundesregierung nimmt antisemitisch motivierte Schändungen jüdischer Friedhöfe sehr ernst und misst auch diesem Aspekt im Rahmen ihres dynamischen Bekämpfungsansatzes große Bedeutung bei (siehe Ausführungen zu Frage 5). Zu den in diesem Zusammenhang erforderlichen polizeilichen Maßnahmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen (z. B. Objektschutz), bezieht die Bundesregierung grundsätzlich keine Stellung.

Betreffend die in der Fragestellung erwähnte Erlangung eines aktuellen und genauen Überblicks über die in Rede stehenden Straftaten wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Mit welchen politischen Gegenmaßnahmen reagiert die Bundesregierung gegebenenfalls auf das dramatische Ausmaß der Schändung jüdischer Friedhöfe?

Der dynamische Bekämpfungsansatz der Bundesregierung geht über eine isolierte Bekämpfungsstrategie im Sinne der Fragestellung hinaus. Dabei setzt die Bundesregierung einen Schwerpunkt im Rahmen der 4-Säulen-Strategie mit den Elementen Menschenrechtspolitik und Menschenrechtsbildung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Förderung von Zivilcourage, Förderung der Integration sowie Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld zielen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Hierfür beispielhaft zu erwähnen sind die Programme „Vielfalt tut gut“ und „kompetent, für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ sowie eine Reihe von Aktionen und Initiativen der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz (BfDT).

Die Bundesregierung verfolgt zudem das Ziel, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten und Holocaust-Pädagogik und -Forschung zu fördern, und nimmt daher aktiv an der International Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF) teil.

6. Wenn die Bundesregierung Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. bittet, sich zur Aufklärung der Zahlen der antisemitisch motivierten Schändungen von Friedhöfen direkt an die Länder zu wenden, aus welchen Quellen hat dann die Bundesregierung die Kenntnis erhalten, dass im Jahr 2007 30 jüdische Friedhöfe geschändet worden sind?

Auf die Antwort der Bundesregierung vom 21. April 2008 (Bundtagsdrucksache 16/8962) zur Schriftlichen Frage 4/85 der Abgeordneten Petra Pau vom 14. April 2008 wird verwiesen.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*